

**HK****Handelskammer
Hamburg**

Protokoll

Plenarsitzung

1. März 2018, 16:00 Uhr

Vorsitz: Präses Tobias Bergmann

Tagesordnung

- 1. Genehmigung der Tagesordnung**
- 2. Verabschiedung der Protokolle der Januar und Februar Sitzungen**
- 3. Berichte**
 - a. des Präses und des Präsidiums
 - b. der Hauptgeschäftsführerin
 - c. aus den Ausschüssen
- 4. Aktuelles aus der Mitte des Plenums**
 - a. Antrag von Frau Nack-Warenycia und den Herren Duphorn und Hanneforth:
„Lösung für die Commerzbibliothek“
 - b. Antrag der Herren Präses Bergmann
und Vizepräses Dr. Teichert zum Finanzstatut
der Handelskammer
- 5. 1. Nachbesetzung der Ausschüsse für die Wahlperiode 2017 bis 2020**
- 6. Wahl ehrenamtlicher Rechnungsprüfer**
- 7. Erwartungen der Hamburger Wirtschaft an die neue Bundesregierung**
- 8. Verschiedenes**

Anwesend:

Herr Präses Bergmann;

Herr Vizepräses Mücke, Herr Vizepräses Dr. Teichert;

Frau Albertsen, Frau Arova, Herr Asmus, Frau Beckmann, Herren Dr. Behrens, Brauer, Costur, Dürre, Ebert, Enke, Gehrckens (bis 17.10 Uhr), Goetz, Hanneforth, Heimssoth, Hellwig, Hocquél, Holstein, Jakovlev, Kaufmann, Koopmann, Korff, Kranz, Kuhlmann, Lintzen, Lorenz-Meyer, Montzka, Frau Nack-Warenycia, Herren Perleberg, Pfeiffer, Pirck, Frau Prinz, Herren Räber, Reinecke, Selent, Siebold, Sträßner, Tasbilek, Thies, Dr. Vogelsang, Wandrey;

dauerhafte Gäste im Plenum: Frau Arendt, Herr Dr. Mecke.

Aus dem Hauptamt:

Frau Degen, Herr Brehmer, Frau Beine, Herren Graf, Herting, Höhr, Frau Nienstedt, Herren Schüßler, Dr. Süß, Ulrich;

Frau Färber, Herren Funke (IT), Knahl, Korte, Frau Lurtz-Herting, Frau Dr. Ölschläger, Herr Preck (IT), Frau Schmidt, Herr Müller (Protokoll).

Entschuldigt fehlen:

Herr Vizepräses Elmendorf, Herr Vizepräses Dr. Killinger, Frau Vizepräses Rickwardt, Frau Vizepräses Stumpf;

Herren Duphorn, Ederhof, Falk, Fischer, Frau Gül, Frau Harbs, Herren Holler, Jensen, Kröger, Daniel Lorenzen, Dominik Lorenzen, Frau Meier, Herren Platz, Pohle, Schmelzer, Schorras, Wendt-Reese, Wöhlke;

dauerhafte Gäste im Plenum: Herren Dr. Brüggestrat, Enkerts, Dr. Gent, Dr. Kruse, Frau Rohwedder, Herren van der Schalk, Weber.

Ergebnisprotokoll der Sitzung vom 1. März 2018

Zu Beginn der Sitzung befinden sich 37 Abstimmungsberechtigte im Plenarsaal.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Das Plenum genehmigt die Tagesordnung dieser Plenarsitzung.

TOP 2: Verabschiedung der Protokolle der Januar- und Februar-Sitzungen

Die beiden Protokolle der Januar- und Februar-Sitzungen des Plenums werden mit 35 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt und zur Veröffentlichung im Transparenzportal der Handelskammer freigegeben.

TOP 3: Berichte

a. Bericht des Präses und des Präsidiums

Herr Präses Bergmann weist auf den schriftlichen Bericht des Präses zur Abrechnung von Reisekosten durch das Ehrenamt sowie zur Kick-off-Konferenz des 3D-Druck-Netzwerks am 15. Februar hin. Fahrt-, Reise- und Übernachtungskosten für Dienstreisen des Ehrenamtes würden nur übernommen, wenn die Dienstreise in Wahrnehmung des Ehrenamts für die Handelskammer Hamburg erfolge. An der Kick-off-Konferenz nahmen mehr als 180 Anwender und Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik der Metropolregion Hamburg teil, um künftig gemeinsam die Sichtbarkeit der Metropolregion Hamburg als 3D-Druck- und Technologiestandort zu steigern.

Herr Präses Bergmann greift die Entscheidung der Hamburger Bürgerschaft, den Tag der Reformation am 31. Oktober als neuen Hamburger Feiertag einzuführen, auf und weist darauf hin, dass ein zusätzlicher Feiertag einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von 0,5 % entspreche. Um im Vorfeld der Abstimmung in der Bürgerschaft ein Stimmungsbild der Hamburger Wirtschaft zu erhalten, habe die Handelskammer eine repräsentative Umfrage durchgeführt, in der sich ca. 73 % der befragten Mitgliedsunternehmen für einen zusätzlichen Feiertag aussprachen. Die Handelskammer Hamburg habe alternativ den Europatag als neuen Feiertag vorgeschlagen, um auch vor dem Hintergrund des Brexit der hohen Bedeutung Europas und den wirtschaftlichen Beziehungen mit den Nachbarländern Rechnung zu tragen. Der Europatag solle nun trotzdem – etwa im Rahmen einer Veranstaltung mit Unternehmen – gefeiert werden.

Herr Vizepräsident Dr. Teichert berichtet über den aktuellen Sachstand zum Verkauf der HSH-Nordbank. Ende Februar seien Verträge mit J.C. Flowers, Cerberus und weiteren Investoren unterzeichnet worden. Danach habe der Erste Bürgermeister eine Regierungserklärung abgegeben. Die Handelskammer Hamburg habe eine große Transparenz im weiteren Prozess gefordert und werde diesen im Interesse der Kunden und Betroffenen des Finanzplatzes Hamburg kritisch begleiten.

b. Bericht der Hauptgeschäftsführerin

Frau Degen berichtet über den aktuellen Stand in Sachen Beraterprozess. Die Lenkungsgruppe werde sich bis Mitte Mai viermal mit den Beratern von Pawlik Consultants treffen. Darüber hinaus werde es einen umfangreichen Dialog mit den Mitarbeitern und Unternehmen geben. Zum einen sei dabei eine Aufgabenkritik vorgesehen, die sich nach dem Mission Statement richte. Zum anderen solle über die Identifikation von Zielgruppen-spezifischen

Bedarfen eine höhere Mitgliederzufriedenheit erreicht werden. Wichtige Punkte seien dabei Digitalisierung und die stärkere Nutzung digitaler Kanäle. Bis Mitte Mai werde eine neue Aufbaustruktur erarbeitet. Im Fokus stünden dabei die Kernthemen Zielgruppenfokus und eine ordnungspolitisch klare Einteilung der Geschäftsfelder.

Frau Degen erläutert im Hinblick auf das kürzlich ergangene Urteil des Oberverwaltungsgerichts gegen die Handelskammer Hamburg, bei dem es in der Sache vor allem um die Rücklagen der Handelskammer im Haushaltsjahr 2011 ging, dass eine schriftliche Begründung des Urteils noch nicht vorliege, aber bis spätestens Mitte Mai 2018 angekündigt sei. Zwar sei eine detaillierte Aussage erst dann möglich, es lasse sich aber bereits absehen, dass eine Rückerstattung von Beiträgen an die Mitglieder zum Beispiel in Form einer Umlagesenkung erforderlich werde. Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts habe zudem einen weiteren Anlass gegeben, das Finanzstatut der Handelskammer zu überarbeiten.

Frau Degen kommt auf die Frage von Herrn Hellwig nach den aktuellen und vergangenen Pensionsverpflichtungen der Hauptgeschäftsführung zurück. Da für einen Vergleich die Einwilligung von Herrn Prof. Dr. Schmidt-Trenz hinsichtlich seiner Pensionsansprüche erforderlich sei, er diese aber auf Nachfrage nicht erteilt habe, sei ein direkter Vergleich nicht möglich (vgl. hierzu die Anlage zum Protokoll). Aktuell laufe eine Anfrage beim Hamburger Datenschutzbeauftragten, inwiefern das private Geheimhaltungsinteresse schwerer wiege als das öffentliche Informationsinteresse.

Herr Brehmer erklärt, er habe sich einvernehmlich mit dem Präsidium auf eine Aufhebung seines Arbeitsvertrages zum 31. Mai 2018 – und der Zahlung seines Gehalts bis Ende 2018 – geeinigt. Er werde bis dahin den Prozess der Umstrukturierung der Handelskammer aktiv mitbegleiten. Die Entscheidung sei ihm nach 21 Jahren in der Handelskammer nicht leicht gefallen. Die Arbeit für die Handelskammer habe ihm sehr viel Freude gemacht. Es habe jedoch mehrere Anstöße gegeben, die seine Entscheidung maßgeblich beeinflusst hätten. Herr Präses Bergmann bedankt sich für die in 21 Jahren geleistete Arbeit von Herrn Brehmer und zeigt sich tief beeindruckt vom hohen Commitment und der Loyalität, die Herr Brehmer der Handelskammer und ihren Mitarbeitern entgegenbringe. Er betont, Herr Brehmer habe die Kammer geprägt. Zugleich könne er die Gründe für die Entscheidung aber nachvollziehen.

c. Bericht aus den Ausschüssen

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Beiträge.

TOP 4: Aktuelles aus der Mitte des Plenums

a. Antrag Frau Nack-Warenycia, Herren Duphorn und Hanneforth: „Lösung für die Commerzbibliothek“

Herr Hanneforth stellt den Antrag „Lösung für die Commerzbibliothek“ vor. Mit diesem schlagen die Antragsteller dem Plenum eine Beauftragung von Präsidium und Hauptamt zur Umsetzung der Vorschläge der Brinkmann-Kommission für die Commerzbibliothek, das Archiv und die Stiftung Wirtschaftsarchiv vor. Zur Begründung verweist er insbesondere auf die Einsparpotenziale bei der Commerzbibliothek. Zudem vermute er, dass das Angebot der Commerzbibliothek für viele Studierende zu klein sei und diese ergänzend das Angebot der Staatsbibliothek nutzen würden. Frau Nack-Warenycia ergänzt, sie habe in letzter Zeit einen tieferen Eindruck von der Arbeit der Commerzbibliothek und der Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv gewinnen können, was zu einer Neubewertung des Nutzens für die Hamburger Wirtschaft geführt habe. Die CoBi sei eine Bibliothek für die Kaufleute und solle dies auch bleiben. Zudem müsse man den internen Nutzen berücksichtigen, da auch das Hauptamt zum Beispiel für Papiere auf die CoBi zurückgreife. Frau Lurtz-Herting ergänzt, dass

sich das Angebot insbesondere auch an Unternehmer richte, die dort u.a. Literatur und Musterverträge fänden. Sie erläutert dem Plenum anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation u.a. den Aufbau und die personelle Ausstattung, die Angebote, die Mitgliederstruktur und Nutzungszahlen sowie Kosten und Erträge der Commerzbibliothek. In laufenden Verhandlungen mit der HSBA sei klar geworden, dass diese eine Übernahme ausschließe. Es bestehe jedoch Bereitschaft, künftig für HSBA-spezifische Dienstleistungen zu zahlen. Durch die Mittel könnten eineinhalb Bibliotheksstellen, die Stellen der studentischen Hilfskräfte und Medienankäufe finanziert werden. Mit der Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv leiste die Handelskammer einen Beitrag in Sachen Überlieferung der Wirtschaftsgeschichte. Im nationalen Vergleich sei der Finanzierungsanteil der Handelskammer Hamburg am Hanseatischen Wirtschaftsarchiv mit rund 40 % relativ gering. In anderen Kammern liege dieser im Schnitt bei 46-48 %. Herr Dr. Vogelsang ergänzt zur Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv, dass Firmen, die ihre Überlieferung an das Hanseatische Wirtschaftsarchiv übergäben, durch eine Spende zur Deckung der Kosten für Lagerung und Erschließung beitragen. Um aber auch historisch wertvolles Archivgut insolventer Unternehmen langfristig bewahren und erschließen zu können, habe die Handelskammer eine Rücklage eingerichtet. Entnahmen von bis zu 50.000 Euro müssten vom Präsidium beschlossen werden, bei höheren Beträgen müsse das Plenum abstimmen. Die Rücklage sei auf zehn Jahre angelegt und im Jahr 2021 abgebaut. Herr Hocqué weist auf die Begleitung des Prozesses im Ausschuss für Kultur und Wirtschaft hin und fordert ein, diesen am Meinungsbildungsprozess, z.B. im Rahmen einer Sondersitzung, zu beteiligen. Herr Holstein betont die historische Verantwortung der Handelskammer und stellt die im Antrag berechneten Opportunitätskosten der Vermietung der Räumlichkeiten infrage. Er stimme aber zu, dass der praktische Nutzen des Bestandes für die Mitglieder besser vermittelt werden sollte. Herr Wandrey dankt Frau Nack-Warenycia und Frau Lurtz-Herting für die Erläuterungen und erkundigt sich nach den aktuellen Nutzungszahlen der Commerzbibliothek. Frau Lurtz-Herting antwortet, es habe allein in 2017 insgesamt über 80.000 Online-Zugriffe gegeben, den Lesesaal hätten 30.615 Personen besucht. Herr Lintzen spricht sich dafür aus, den Antrag nicht zur Abstimmung zu stellen, da an den Themen bereits im Lenkungskreis gearbeitet werde. Herr Vizepräsident Dr. Teichert ergänzt, die Finanzkommission habe nie über eine Abschaffung von Commerzbibliothek oder Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv diskutiert, sondern lediglich eine Prüfung vorgeschlagen, ob die Commerzbibliothek dichter an eine Hochschule rücken könne. Die Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv sei weiter Aufgabe der Handelskammer. Davon unbenommen seien Optimierungsmöglichkeiten, wie etwa die teilweise Übernahme der Kosten der Commerzbibliothek durch die HSBA.

Herr Präsident Bergmann schlägt vor, den Antrag zunächst ruhen zu lassen. Von Seiten der Antragsteller gibt es keine Einwände.

b. Antrag der Herren Präsident Bergmann und Vizepräsident Dr. Teichert zum Finanzstatut der Handelskammer

Herr Vizepräsident Dr. Teichert stellt den Antrag vor. Vor dem Hintergrund des jüngsten Urteils des Hamburger Obergerichtes in Sachen Rücklagen und Beiträge solle der Innenausschuss beauftragt werden, bis September 2018 dem Plenum ein grundsätzlich überarbeitetes Finanzstatut und entsprechende Ausführungsrichtlinien vorzulegen. Das Finanzstatut solle die notwendige Transparenz in Haushaltsangelegenheiten gewährleisten und die grundsätzliche Berücksichtigung des Sparsamkeitsprinzips sicherstellen. Herr Kuhlmann begrüßt den Antrag, schlägt jedoch vor, diesen um die Einsetzung eines unabhängigen Revisors zu erweitern und kündigt einen entsprechenden Antrag an das Präsidium an. Herr Brehmer antwortet, die Handelskammer habe bereits seit drei Jahren eine interne Revision, bei der die Beschaffung einer der Themenschwerpunkte sei. Er bietet an, Herrn Kuhlmann zunächst den Bericht vorzulegen, was dieser annimmt.

Mit 39 Stimmen beschließt das Plenum einstimmig, den Innenausschuss bis September 2018 zu beauftragen, ein grundsätzlich überarbeitetes Finanzstatut und Ausführungsrichtlinien (RFS) vorzulegen.

Herr Holstein erkundigt sich nach aktuellen Rechtsstreitigkeiten der Handelskammer und ob gütliche Einigungen herbeigeführt werden können. Herr Graf antwortet, es sei ein weiteres Verfahren beim Hamburger Oberverwaltungsgericht bezüglich der Beitragserhebung in den Jahren 2012 und 2013 anhängig. Zu dem verlorenen OVG-Verfahren bezüglich der Rücklagen im Beitragsjahr 2011 liege die Urteilsbegründung noch nicht vor. Sie sei bis spätestens Mitte Mai 2018 angekündigt. Dann könne auch über die Fortführung des anderen Verfahrens entschieden werden. Vier weitere Beitragsverfahren in erster Instanz seien schon länger ruhend gestellt. In dem Verfahren zur Beteiligung der Handelskammer am Hamburger Transparenzregister habe die in erster Instanz unterlegene Klägerseite Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt. Die Handelskammer habe dazu Stellung genommen. Darüber hinaus gebe es vier Streitigkeiten im Bereich Berufsbildung, was angesichts der großen Zahl an Prüfungen relativ wenig sei. Herr Präses Bergmann ergänzt, den Prozess zum Transparenzregister habe die Handelskammer gewonnen, sich aber dennoch verpflichtet, sich am Transparenzregister zu beteiligen.

Herr Lorenz-Meyer berichtet über das 3. Hamburg Copenhagen Business Forum, das am 28. Februar 2018 unter dem Motto „Two strong partners – one competitive smart region“ mit rund 280 Teilnehmern im Albert-Schäfer-Saal der Handelskammer stattgefunden habe. Unter den hochrangigen Vertretern sei auch Herr Casper Klyng, Dänemarks Digital-Botschafter mit einer Keynote gewesen. Ein wichtiges Thema sei die feste Fehmarnbeltquerung gewesen, die in Zukunft ein noch engeres Zusammenrücken ermöglichen werde. Herr Dr. Mecke erkundigt sich in diesem Zusammenhang wie Deutschland von der Schnelligkeit der Planungsprozesse in Dänemark lernen könne. Herr Lorenz-Meyer antwortet, dass dies ebenfalls thematisiert worden sei. Zwar sei Bürgerbeteiligung grundsätzlich gut, Einwendungsverfahren verzögerten die Projekte jedoch häufig länger als es eventuell sinnvoll sei.

Herr Pirck befürchtet eine massive Schwächung der überregionalen Interessenvertretung und bringt diesbezüglich seine Kritik an dem Vorgehen zum Ausdruck, den Verbleib in der IHK Nord an die Schließung des Brüsseler Büros zu knüpfen. Zudem sei mitten in den Koalitionsverhandlungen die Berliner Vertretung der Handelskammer quasi lahmgelegt worden. Er beanstandet außerdem, dass den Plenariern das Protokoll zur Sitzung der Ausschussvorsitzenden zur Reform der IHK Nord am 19. Januar 2018 auf Anfrage nicht rechtzeitig vor der letzten Plenarsitzung im Februar zugegangen sei. Auf HK Connect sei das Protokoll erst Ende Februar hochgeladen worden. Er fragt, wie dies zu der angestrebten Transparenz und Dialogkultur passe und vermutet, dass die Abstimmung zur IHK Nord im Februar-Plenum vielleicht anders ausgegangen wäre, wenn das Protokoll vorgelegen hätte. Frau Degen bedauert die Verzögerung bei der Abstimmung des Protokolls. In der Sitzung der Ausschussvorsitzenden sei der starke Wunsch zum Verbleib in der IHK Nord geäußert worden. Es sei zudem keine Schwächung der überregionalen Interessenvertretung beabsichtigt. Es gehe vielmehr darum, diese möglichst effizient und schlagkräftig zu gewährleisten, z.B. durch Dialoge mit EU-Politikern. Herr Koopmann erkundigt sich mit dem Hinweis auf die entsprechende Aussage von Frau Vizepräsident Stumpf im Protokoll zur IHK-Nord Sitzung, ob eine Evaluierung der Arbeit der Brüsseler Vertretung der IHK Nord und des Hamburger Büros in Berlin noch durchgeführt werden solle. Frau Degen erklärt, man werde sich noch mit der Frage beschäftigen, wie die bisherigen Leistungen der Büros künftig anders abgebildet werden können. Herr Holstein fragt, inwiefern geplant sei, u.a. aufzulisten, welche Leistungen die IHK Nord für die HK Hamburg erbringe. Er weist darüber hinaus darauf hin, dass das Brüsseler Büro auch das Antidumpingregister führe und stellt die Frage in den Raum, wie dieses künftig weitergeführt werden solle.

TOP 5: 1. Nachbesetzung der Ausschüsse für die Wahlperiode 2017 bis 2020

Herr Präses Bergmann erläutert, dass alle auf der Liste enthaltenen Personen mit den Ausschussvorsitzenden abgestimmt und vom Präsidium an das Plenum weitergeleitet worden seien. Er fragt, ob eine Aussprache gewünscht sei, woraufhin es aber keine Meldung aus dem Plenum gibt.

Das Plenum beschließt mit einer Mehrheit von 38 Ja-Stimmen bei drei Enthaltungen die Nachbesetzung der Ausschüsse für die Wahlperiode 2017 bis 2020 gemäß der dem Plenum vorliegenden Liste.

TOP 6: Wahl ehrenamtlicher Rechnungsprüfer

Herr Brehmer erläutert, dass für die Prüfung des Jahresabschlusses der Handelskammer laut Finanzstatut mindestens zwei ehrenamtliche Rechnungsprüfer zu wählen seien. Die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer würden zusätzlich zu den professionellen Wirtschaftsprüfern bestellt. Mit Frau Dr. Julia Freiheit und Herrn Dr. Marc Hübscher gebe es hierfür zwei Vorschläge, die bereits ihre Bereitschaft erklärt hätten.

Das Plenum beschließt einstimmig mit 39 Ja-Stimmen die Berufung von Frau Dr. Julia Freiheit und Herrn Dr. Marc Hübscher zu ehrenamtlichen Rechnungsprüfern der Handelskammer Hamburg.

TOP 7: Erwartungen der Hamburger Wirtschaft an die neue Bundesregierung

Herr Dr. Süß stellt anhand der beigefügten Präsentation die Inhalte des Koalitionsvertrages von CDU, CSU und SPD vor dem Hintergrund der von der Handelskammer aufgestellten Forderungen zur Bundestagswahl vor. Der Koalitionsvertrag berücksichtige wichtige Forderungen der Hamburger Wirtschaft. Beispiele für die erfolgreiche Lobbyarbeit der Handelskammer und weiterer Institutionen seien die im Koalitionsvertrag aufgenommene Reform der Einfuhrumsatzsteuer, die in ihrer gegenwärtigen Form insbesondere den Hamburger Hafen sowie andere deutsche Seehäfen gegenüber den europäischen Wettbewerbern benachteilige, und die personelle Stärkung des Zolls zur Beschleunigung der Abfertigung internationaler Handelsströme. Positiv zu bewerten seien zudem die vorgesehene Beschleunigung von Planungsverfahren sowie der geplante Abbau von Bürokratie und insbesondere Berichtspflichten. Allerdings fehlten konkrete Aussagen zur besonders belastenden Steuerbürokratie. Im Bereich Bildung würden wichtige Forderungen der Hamburger Wirtschaft aufgegriffen. So sei geplant, die digitale Kompetenz von Schülern zu fördern und bundeseinheitliche Bildungsstandards zu schaffen. Beim Thema Digitalisierung sehe der Vertrag einen Ausbau der Gigabit-Netze vor, allerdings ohne Ballungsräume wie Hamburg und seine Metropolregion zu priorisieren. Bei der Energiepolitik sei positiv zu bewerten, dass die Kosten für die Energiewende bundesweit gerechter verteilt werden und auch der Netzausbau vorangetrieben werden sollen. Eine aus Hamburger Sicht notwendige Strommarktreform sei aber nicht geplant. Der Koalitionsvertrag enthalte zudem ein klares Bekenntnis zu den Kammern sowie den rechtlichen Grundlagen des bestehenden Kammerwesens und betone die Bedeutung der Auslandshandelskammern (AHKs) als wichtiger Pfeiler der Außenwirtschaftspolitik. Der Koalitionsvertrag trage zwar in einigen wichtigen Punkten durchaus eine Hamburger Handschrift, allerdings seien aus Hamburger Sicht aber auch viele wichtige Themen noch nicht enthalten. Herr Dr. Süß bittet die Plenarmitglieder, ihre Anmerkungen und Anregungen dazu, welche Themen im Koalitionsvertrag zu kurz gekommen seien, auf die ausliegenden Karten zu schreiben und auf die bereit gestellten Metaplanwände zu pinnen. Herr Dürre teilt die Einschätzung, dass viele wichtige Punkte noch nicht enthalten seien, und ruft ebenfalls zur Beteiligung auf.

TOP 8: Verschiedenes

Herr Asmus ruft im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Diesel-Fahrverboten dazu auf, sich bei Bedarf an neuen Fahrzeugen für den Fuhrpark intern in der Handelskammer bei Herrn Tießen über die Beschaffungsinitiative „Hamburg macht E-Mobil“ zu informieren. Frau Arova betont in diesem Zusammenhang die vielfältigen Aktivitäten der Handelskammer im Bereich Nachhaltigkeit und Umweltschutz und regt an, diese in der nächsten Plenarsitzung vorzustellen.

Herr Vizepräsident Mücke berichtet über die Preisverleihung „Hamburgs Azubi des Jahres“ am 13. Februar in der Handelskammer. Den Titel „Hamburgs Azubi des Jahres 2017“ habe die 23-jährige Dahlina-Sophie Kock, angehende Produkt- und Werbefotografin, gewonnen, die sich in einem mehrstufigen Auswahlverfahren gegen ihre Mitbewerber durchsetzte. Es wird ein Film mit Interviews der Gewinner gezeigt.

Herr Präsident Bergmann schließt die Sitzung um 18.10 Uhr. Die nächste Plenarsitzung findet am 5. April 2018 statt.

Hamburg, den 9. März 2018

gez. Christi Degen

- Anlagen:
- Korrespondenz zur Veröffentlichung der Daten in Bezug auf die betriebliche Altersversorgung von Herrn Prof. Dr. Schmidt-Trenz
 - Präsentation von Frau Lurtz-Herting zu TOP 4a: „Antrag der Herren Duphorn und Hanneforth: Lösung für die Commerzbibliothek“
 - Präsentation von Herrn Dr. Süß zu TOP 7: „Erwartungen der Hamburger Wirtschaft an die neue Bundesregierung“